

# Dresdner Volkszeitung

Polizeikommission: 2. 20618.  
Raben & Komp., Rr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Konkurrenz:  
Herrn Krause, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangos monatlich 2.00 M. Durch  
den Postbezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland  
und Oesterreich-Ungarn 6.00 M.  
Erlaube mir - Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Insertionspreis: die 7 gespaltene Komposition 50 Pf., davon 40 Prozent  
Zerlegungszahlung, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag).  
Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Berücksichtigung zur Aufnahme an son-  
derlichen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Brieflieferung 20 Pf.

Nr. 128.

Dresden, Freitag den 6. Juni 1919.

30. Jahrg.

## Mündliche Verhandlungen?

### Irrewahn.

Gelehrtenmohr als Einleitung zu dem großen Weisheitswörterbuch, den Ludendorff in seinem zur Subskription aufgelegten Werk plant, das ihm seinen einzigen „Kriegsgewinn“ bringen soll, hat sein Vertrauensmann, ein Oberst Bauer, im Scherzverlag ein Schriftchen veröffentlicht, das, wenn Ludendorffs Logik sich nicht besser erweist als die seines Vorleiders, die Anschaffungsumme für sein Opus als einzuversprechendes Geld erscheinen läßt. Die Subskription hat seinen ganzen Ton und Inhalt nach den Zweck, die trübe Lage, in der sich ohne Zweifel zur Zeit das deutsche Volk befindet, nicht als Schuld von Militärs und Militarismus, sondern der bürgerlichen Regierung, — na besonders aber als das Ergebnis der Revolution und der heute an der Spitze der Regierung stehenden Männer und überhaupt des Wirkens der Arbeiterpartei hinzustellen. Denn, soll der ausgefoderte Couragios Renan gesagt haben, „die Selbstsucht ist die Quelle des Sozialismus und der Neid die der Demokratie“. Jedoch dürfte der Herr Oberst recht bald einsehen müssen, daß er sich selbst in einem recht großen Irrewahn befindet, wenn er meint, die Volksmasse werde ihm keine besimpfenden Äußerungen, Verdrehungen und widersprüchlichen Bemängelungen glauben, mit denen er seine militärische Klasse, agrarische Junker und kapitalistische Imperialisten (von denen er in seinem Pamphlet freilich kein Sterbenswörtchen erwähnt), von der Schuld am Kriege und dem endlichen Zusammenbruch des Völkers weikunwändig sucht.

Es handelt sich für den Verfasser in der Hauptache darum, nachzuweisen, daß der Ludendorffsche Waffenstillhandlungsvertrag noch rechtzeitig genug gemacht worden sei, um zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen — wenn die Front unseres Heeres in Feindesland noch länger festgehalten hätte. Keiner der Lage behaupten jedoch, daß es damals bereits zu spät gewesen sei, da man mehrfache große Schlappen, unangeordnete Verluste an Gefangenen erlitten, sowohl den Menschenmachten des Feindes, als seinen mechanischen Offizieren, insbesondere der Masse der Kanon, nicht mehr gewaschen gewesen wäre und so nicht nur die Front, sondern auch die „Moral“ unserer Truppen bereits so marodisch und brüchig geworden sei, daß jene eben einfach nicht mehr halten konnte. Hebrigen habe sich bei vielen Truppenteilen die Verpflegung bereits so ungenügend gestaltet, daß auch in dieser Beziehung ein Kräfteverlust und eine Einbuße an geistiger Energie ganz naturnotwendig eingetreten wäre.

Auf diese letztere, die Verpflegungsfrage, geht der Verfasser nämlich nicht ein, weshalb wir die Einwände als ungelautet quittieren müssen, ohne deshalb jemand einen Strich zu drehen — die Vorräte gingen eben zu Ende, an der Front, wie im ganzen Reich. Aber jedenfalls ist es ein wichtiges Moment, das der Autor unterschlägt, wenn er über den Zusammenbruch weiter. Dabei gibt er aber an anderer Stelle wieder zu, daß die zurückgehenden Truppen abgemüht waren, Artilleerie, Munition, und Verpflegungsmittel fehlten, Pferde und Hafer, Kraftwagen und Benzin fehlten. Daß die Moral der Truppe auch von der Not ihrer Familien in der Heimat beeinflusst wurde, ist ebenso natürlich wie verständlich — nur dem hochgelobten Herrn Oberst nicht. Und an der Not im Innern waren nicht die Massen, sondern die habgierigen Agrarier, die wucherlichen Kapitalisten und der, dem Vorkriegenden den größeren Vorteil bringende, alle Stilllichterzerstörende Schleierhandel schuld. Wenn der Regierung Weisheitsmann-Gottweg ein Vorwurf zu machen ist, so ist es der, daß sie nicht von Anfang des Krieges an energisch gegen die Organe der Volksherrschaft mit dem Landesvertragsparagrafen und Reichshausstrafen eingeschritten ist. Aber auch das berührt den Autor nicht, dagegen macht er der bürgerlichen Regierung die „fehlende Ansbungung“ des Volkes zum Vorwurf und meint damit annehmend: es wurden nicht genug gegen den Feind aufstehende, kühnere Abwehr geübt — wie es ja leider seitens der Entente getrieben wurde.

Da der Autor für seine oben angeführte Behauptung durchschlagende Gründe nicht anführen, die Gegenbehauptungen nicht widerlegen kann, so legt er sich auf Schimpfen gegen die „Volkswalfer“ die „Wegmacher“ und „Verführer“ in der Heimat, die Duldberger und Frauenläufigen, die in der letzten Phase des Krieges den Erfolg so sehr erleichterten. Er meint freilich nur „die Masse“ — nach ihm eine bis anderthalb Millionen Mann — aber warum legt er sein Wort von den vielen Tausenden von Charakteren vom Tische ab? Er beanstandet weiter, daß während des Krieges die Arbeitsleistung mancherorts auf 60 bis 60 Prozent der Friedensleistung gesunken sei — freilich: für ihn konnte nicht allein das Offizierskassino, sondern auch noch sein Durcheinander (oder hatte er zwei?) — da konnte er freilich bei Strafen bleiben. Außerdem waren es ja nicht die Kräftigsten die zu Hause blieben.

Es hat keinen Zweck, noch weiter auf das richtungslose Verwirren und die sammelnden Entschuldigungen Bauers einzugehen, und schließlich ist es überflüssig, wenn man seine von

der Ehre des deutschen Volkes schwachen hört, die sich bis in die allerletzte Zeit des Krieges hinein mit aller Gewalt dagegen stemmen, dem deutschen Staatsbürger und Vaterlandsverteidiger die Ehre eines einfachen, aber gleichberechtigten Wählers für eine wirkliche Volkswahl zuzukommen zu lassen.

Es bleibt dabei: An unserer Niederlage sind Geeresleitung, die früheren Regierungen und ihre Parteien schuld. Die Geeresleitung, indem sie einerseits durch Unterstützung, ja wohl gar direkte Aufwiegelung Oesterreichs den Krieg entfesseln half, am Beginn desselben die Kräfte verpöhlerte, dadurch die Vornehmheit und damit nach Ansicht aller Sachverständigen den ganzen Krieg verlor — andererseits aber auf der Höhe ihrer Siege übermütig wurde, den Gegnern keinen annehmbaren Friedensvorschlagn machte, mit West-Britomf ihre Herrschaftsgelüste allzu offen enthielt und die Stärke unserer Feinde, insbesondere der Engländer und Amerikaner, unterschätzte. Ihren Waffenstillstands- und Friedensantrag stellte sie erst dann, als sie wirklich geschlagen, von ihren ebenfalls geschlagenen und kriegsmüden Landesgenossen verlassen und das Heer bereits hoffnungslos zermürbt war. Die bürgerliche Regierung hatte zu dieser Vermittlung aber ihren großen Teil beigetragen, indem sie weder die gerechte Verteilung der Ernährungsmitel im Innern sicherstellen, noch die vielfach verpöhlten Volksrechte der Junker, Militärs und Kapitalistenklasse gegenüber durchsetzen konnte. Der Imperialistenstaat, mochte er noch so siegreich sein, konnte das Volk auf die Dauer nicht beherrschen.

Das alte Deutschland ist an der Klassenherrschaft zugrunde gegangen und es bedeuert einen Gipfel der Geschicksfälligkeit, wenn jetzt eiserne Fesseln den Vorkrieg, den die ehemals Herrschenden verurteilt und hinterlassen haben und den die Sozialdemokratie nunmehr zu regeln gezwungen ist, dieser zur Last zu legen versuchen.

### Einleiten der Entente?

Die Meldungen über die Beratungen des Vierzertig lauten noch wie vorwiegend.

In der französischen Presse wird behauptet, daß keine wesentlichen Zusatzen gemacht worden seien.

Die Agence Havas veröffentlicht folgenden diplomatischen Vorgebericht:

Die vier Regierungsführer feierten die Beratung der deutschen Gegenanträge fort, insbesondere in Bezug auf Oberafrika. Es wurde noch kein Beschluß gefaßt, da die befragte Kommission ihre Berichte noch nicht übergeben hat. Einige Teile der Gegenanträge wurden an Sachverständige weitergeleitet, die sie prüfen sollen. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die Grundbedingungen des Friedensvertrags keine Veränderung erfahren würden. Man ist nicht der Ansicht, daß die Antwort vor der kommenden Woche überreicht wird. Wenn dann die Zeit zur Unterzeichnung vier Tage betragen soll, kann der Friede bis zum 15. Juni unterzeichnet werden.

Carriere della Sera meldet: Wilson und Lloyd George lehnen die Revision des Friedensvertrags und die mündliche Verhandlung mit der deutschen Delegation unter heftigem Protest Clemenceaus ab.

Andere ausländische Blätter behaupten, daß man sich in Kreisen der Entente mit dem Gedanken trage, bei Friedensschluß Deutschland seinen afrikanischen Besitz zurückzugeben.

Die World, die Wilson nahesteht, meldet: Der Vorschlag der Deutschen, betreffend das Saargebiet, nämlich Rückübertragung an Frankreich an Stelle der Abtretung des Saargebietes, wird wahrscheinlich angenommen. Dem Vorschlag, Deutschland sei in den Völkerbund aufzunehmen, sollte dem Angebot einer Reichenschnidung von 100 Milliarden keine man durchsichtig gegenüber. Die Besetzung des linken Rheinstufers wurde auf fünf Jahre hernabgesetzt. Den Deutschen Reichern wird der Ausbruch an Deutschland erlaubt. In Oberafrika werden eine Volksabstimmung unter Kontrolle der Entente stattfinden.

### Protest der belgischen Arbeiterpartei.

Amsterdam, 5. Juni. Wg. Handelsbl. veröffentlicht einen vom Vorstand der belgischen Arbeiterpartei gegen den Friedensvertrag mit Deutschland gefaßten Protest, in dem es heißt: Der Friedensvertrag wird einen neuen Krieg nur insoweit verhindern, als er ein Weichheitsgesetz ist. Der zukünftige Friede wird durch die Tatsache bedingt, daß zahlreiche Bevölkerungsbeirte im Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht an ein Gruppenverfügt werden. Der Protest spricht sich weiter gegen die Abtretung der deutschen Kolonien aus. Deutschland müsse den Schaden, den es angerichtet habe, in vollem Maße ersetzen. Es sei jedoch anzunehmen, daß Deutschland einen Quantenschmelz unterzeichnen müßte, wodurch die Deutschen zur internationalen Sklaverei gezwungen würden. Belgien und Frankreich müßten moralische und materielle Garantien gegen einen neuen deutschen Angriff erhalten. Diese müßten jedoch auf allgemeine Neutralität und auf Anerkennung größerer Macht an den Völkerbund sich gründen. Die belgischen Sozialisten helfen die Kolonien zurück zu gewinnen. Es dürfen jedoch keine Verhandlungsstellen gegen ihren Willen angeteilt werden, und deshalb sei die für Belgien und ihren Willen festgesetzte Volksabstimmung ernstlich abzuwehren. Die Arbeiterpartei sei auf dem Standpunkt, gegen die Verkörperung der belgischen

Rohlenbergwerke dürfen kein Wortband sein, um eine große Zahl von deutschen Bevölkerung vertrieben zu werden.

### Der Eindruck in Amerika.

Amherst, 7. Juni. (Telegram.) Manches Guardian benimmt aus New York, daß die deutschen Gegenanträge daselbst einen guten Eindruck gemacht haben, abgesehen von der Forderung einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen. Ein Betrag von fünf Milliarden Pfund Sterling wird in New York als die äußerste Grenze dessen angesehen, was Deutschland jedem zu zahlen in der Lage ist. Dies scheint auch die Auffassung zu sein, die in der amerikanischen Friedensabstimmung die Oberhand hat.

### Gegen die Störung der Friedensverhandlungen.

Berlin, 5. Juni. Die nachstehende Note, betreffend die Lösung der Rheinlande und der Pfalz, wurde unter Beteiligung der Note, die der Reichsminister Erzberger am 2. Juni an General Ruband gerichtet hatte, dem Präsidenten Clemenceau überreicht:

#### Herr Präsident!

Die deutsche Delegation hat in den letzten Tagen sowohl durch die Presse wie durch unmittelbare Nachrichten aus Deutschland Kenntnis davon erhalten, daß in den Rheinlanden und der Pfalz Bestrebungen im Gange sind zum Zweck, diese Gebiete vom Deutschen Reich loszulösen und zu selbständigen Republiken zu machen. Die Bestrebungen werden von den militärischen Behörden der Okkupationsmächte nicht nur gebildet, sondern sogar offen unterstützt. Deutsche Beamte, die pflichtgemäß gegen die Anträge eintraten und sie nach den bestehenden deutschen Gesetzen wegen Hochverrats zur Verantwortung gezogen wurden, werden von den Besatzungsbehörden ihrer Arbeit beraubt und mit Verhaftung bedroht. Einzelheiten, die wegen der Abfertigung der russischen Gebiete vom übrigen Deutschland mit Genauigkeit nicht haben nachgeprüft werden können, sind in der hier abschließend beigefügten Note des Reichsministers Erzberger an den General Ruband vom 2. d. M. enthalten. Die deutsche Delegation macht die alliierten und assoziierten Regierungen darauf aufmerksam, daß die Wahrung und Förderung von Belieben, die zur Befriedung wesentlicher Gebiete vom Reich führen sollen, in hohem Maße geeignet ist, die Verhandlungen über die Herstellung des Friedens und die Durchführung seiner Bedingungen zu fördern. Ein solches Verhalten der Okkupationsbehörden würde aberdies in schroffem Widerspruch zur Bestimmung des Artikels 5 Absatz 2 des Waffenstillstandsabkommens stehen, die offenbar davon ausgeht, daß die Zukunft der bisherigen Verwaltungsbehörden dieser Gebiete unangefastet bleibt und daß die militärische Besetzung durch die Gegner die Zugehörigkeit der Gebiete zum Reich in keiner Weise berührt.

Dazu kommt, daß Deutschland die Lasten, die es im Friedensvertrage auf sich nehmen soll, nur tragen kann, wenn die territorialen und wirtschaftlichen Unterlagen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit unangefastet bleiben. Es bedarf keiner Ausführung, daß die Abtretung von Gebieten mit so großer Bevölkerungszahl und so hochentwickelter Industrie wie die Rheinlande die Grundlagen des deutschen Friedensangebots erschüttern müßten. Wenn also die Behörden der Okkupationsmächte, die den Abfall der Rheinlande fördern, der Meinung sind, daß sie dadurch den Interessen der alliierten und assoziierten Regierungen dienen, so vergessen sie, daß sie zwar vielleicht den tatsächlichen Machtbereich ihrer Regierungen für den Augenblick vergrößern, zugleich aber die rechtlichen Sicherheiten verringern, die ihnen für die Durchführung der Friedensbedingungen hatten sollen.

Hierdurch richtet die deutsche Friedensdelegation an die alliierten und assoziierten Regierungen das ausdrückliche Ersuchen, die vordiengeten getrenntem Vorgänge nicht aufzulösen und dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die militärischen Behörden der Okkupationsmächte im Rheingebiete unverzüglich und mit allem Ernste auf das Verbot ihrer militärischen politischen Einfluss hingewiesen und angehalten werden, einerseits jede Förderung der Loslösungsbestrebungen zu unterlassen, andererseits den deutschen Behörden bei der pflichtmäßigen Bekämpfung dieser Bestrebungen keine Hindernisse in den Weg zu legen. Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner aufrichtigen Hochachtung.

Dr. Brücker, Reichsaussenminister.

### Die verhaunene Regierung.

Berlin, 5. Juni. Das V. X. meldet aus Frankfurt a. M. Der Präsident der rheinischen Republik Dr. Dorten versuchte gestern abend mit seinem neugebildeten Kabinett durch einen Handstreich von der Regierung in Wiesbaden Besitz zu ergreifen. Er bemühte den freien Nachmittag der Beamten, um in das Regierungsgebäude einzudringen und ordnete als erste Amtshandlung die Öffnung der Weichgrünen Bahnen an, die er gleich mitgeführt hatte. Doch konnte dieser Versuch nicht ausgeführt werden, weil man nicht den Ausgängen zum Dach fand. Inzwischen hatte sich die Kunde von dem Beschäftigten Quisq verbreitet und große Menschenmengen sammelten sich mit Ausbrüchen heftigster Empörung vor dem Gebäude an. Hunderte Leute drangen in dieses ein und verweigerten die Herren Minister lächerlich, so daß einige von ihnen von einem herbeigekommenen Kräfte den ersten Verband erhalten und dann in Ar-nenhaus gebracht werden mußten. Kur der Präsident Dr. Dorten kam glimpflich davon, weil er sich im Regierungsgebäude versteckte und sich später durch die Flucht rettete. Bemerkenswert war bei diesen Vorgängen die Haltung des französischen Militärs. Die Wache im Regierungsgebäude beobachtete volle Neutralität. Auch der Kommandant von Wiesbaden Wint erklärte, sich nicht in die Vorgänge einzumischen zu wollen. Kur müße auf der Straße die Ruhe gewahrt werden.

Berlin, 6. Juni. Dr. Dorten traf gestern nachmittag mit seinem Ministerium in den Regierungsgebäuden in Wiesbaden ein, um den Sitz von der Regierung zu ergreifen und eine mitgebrachte Fahne zu hissen. Der Kommandant des Regierungsgebäudes, Oberregierungsrat Springmann, beobachtete jedoch